

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 28. April 2011 um 15:45 Uhr

Die unmittelbare Reaktion auf das Exklusiv-Interview mit den Weserbergland-Nachrichten.de

Ausstieg aus dem Atomkraftwerk Grohnde - Watermann nimmt den CDU-Landratskandidaten Walter umgehend beim Wort



Hameln (wbN). Ein Interview mit Folgen. Die SPD nimmt das Gespräch der Weserbergland-Nachrichten.de mit dem CDU-Landratskandidaten Dr. Stephan Walter auf Kreisebene zum Anlass für einen Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie. Walter hatte zu erkennen gegeben, dass auch er vor dem Hintergrund der Katastrophenszenarien in Japan die Abschaltung des Kernkraftwerkes in Grohnde wünscht und für erforderlich hält.

Das Interview war am Vorabend der großen Osterdemo mit 20.000 Teilnehmern in Grohnde erschienen. Gehört findet auch die Forderung von Landrat Rüdiger Butte, Entscheidungskompetenzen bei einem schwerwiegenden kernenergie-technischen Störfall auf Landes- oder Bundesebene anzusiedeln und dies nicht, wie bislang vorgesehen, auf Landratsebene zu behandeln. Auch diese Forderung war erstmals durch die Weserbergland-Nachrichten.de transportiert worden und hatte bundesweit starke Beachtung gefunden. Der SPD-Fraktionschef im Kreistag von Hameln-Pyrmont, Ulrich Watermann, hat mit Blick auf die nächste Kreisausschußsitzung am 10. Mai den Antrag gestellt nachfolgende Resolution auf die Tagesordnung zu setzen: „Atomkraft ausschalten - Erneuerbare einschalten! Der Kreistag Hameln-Pyrmont teilt mit vielen Menschen in der Welt die Betroffenheit über die verheerenden Auswirkungen des Erdbeben und des Tsunamis in Japan.

(Zum Bild: SPD-Gruppe mit Landrat Rüdiger Butte und Landtagsabgeordneten Uli Watermann unter den Grohnde-Demonstranten am Ostermontag. Foto: Weserbergland-Nachrichten.de)

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 28. April 2011 um 15:45 Uhr

Fortsetzung von Seite 1

Unser Mitgefühl gilt den vielen Opfern und allen betroffenen Angehörigen. Aus Respekt vor den Opfern der andauernden radioaktiven Verstrahlung gilt es aber auch Konsequenzen bei uns vor Ort zu ziehen.

Die andauernde Atomkatastrophe in einem hoch entwickelten Industrieland wie Japan zeigt, dass die Risiken der Atomenergie grundsätzlich nicht beherrschbar und nicht hinnehmbar sind. Der Kreistag Hameln-Pyrmont begrüßt, dass mittlerweile alle Parteien in Deutschland aus dieser Risikotechnologie austeigen wollen

Der Kreistag Hameln-Pyrmont stellt deshalb fest:

1. Schon seit vielen Jahren ist in Deutschland Konsens, aus der Nutzung der Atomenergie auszusteigen. Die im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung war der falsche Weg.
2. Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf den Ausstieg aus der Atomenergie zügig und schnellstmöglich zu vollziehen. Wenn wir auf die Atomenergie verzichten wollen, dann müssen alle Atomkraftwerke vom Netz – auch Grohnde.
3. Die konsequente Energiewende bedeutet den massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Dafür benötigen wir einen regionalen Konsens für den Ausbau erneuerbarer Energien.
4. Der Kreistag Hameln-Pyrmont unterstützt die Forderung, für die Bewältigung kerntechnischer Unfälle gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, damit im Katastrophenfall ein Krisenstab unter landes- bzw. bundesweiter Führung mit entsprechenden Entscheidungskompetenzen eingesetzt werden kann.“